

# Medieninformation LSVH

Landessenorenvertretung Hessen e.V.

## Neues Seniorenministerium Hessen muss zügig Arbeit aufnehmen!

### Neuorganisation der Ministerien darf nicht die anstehenden Aufgaben lähmen

„Die Landessenorenvertretung Hessen (LSVH) begrüßt die Neuorganisation des alten Sozialministeriums sowie die Aufnahme der Seniorenarbeit in das Themenspektrum und im Titel des Ministeriums,“ so deren Landesvorsitzender Klaus Reifert.

„Wir gratulieren Frau Diana Stolz zur Ernennung als Ministerin für Familie, Senioren, Sport und Pflege sehr herzlich und wünschen uns eine gute Zusammenarbeit mit ihr bei der Bewältigung der neuen Aufgabe“, so Reifert weiter.

Man sei an einem zügig zu vereinbarenden Termin interessiert, um den direkten Dialog aufnehmen zu können.

„Vor allem freuen wir uns, dass sich die neuen Koalitionspartner auf eine Neufokussierung innerhalb des umfangreichen Themenspektrums eines „Sozialministeriums“ verständigt haben. Dies drückt aus, dass Bereiche wie Senioren, Gesundheit und Pflege durch den neuen Zuschnitt aufgewertet und intensiver bearbeitet werden könnten“, betont der Vorstand der LSVH.

Die Landessenorenvertretung Hessen erwarte allerdings auch, dass die Neu- und Umorganisation des Ministeriums nicht zu viel notwendiges, politisches Handeln lähme.

Schließlich ginge es um wichtige, zentrale Themen, die die rund 2 Millionen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger betreffen, erklärte Klaus Reifert.

Deshalb unterstützt die Landessenorenvertretung Hessen die Vereinbarungen der neuen Landesregierung im Koalitionsvertrag ausdrücklich.

Dabei sei besonders zu nennen:

Die meisten Menschen möchten möglichst bis ins hohe Alter in ihrer vertrauten Wohnung und ihrem Wohnumfeld selbstbestimmt leben. Dafür braucht Hessen ausreichend bezahlbaren,

seniorengerechten und barrierefreien Wohnraum. Aus diesem Grund sollte der altersgerechte und barrierefreie Umbau von Wohnungen weiterhin gefördert werden. Den Wunsch vieler Seniorinnen und Senioren, auch im Alter zentral leben zu können, soll unterstützt werden durch die Schaffung von Wohnanlagen für Seniorinnen und Senioren sowie generationsübergreifende Wohnformen. Deshalb begrüßen wir es, dass die Arbeit der Landesberatungsstelle gemeinschaftliches Wohnen fortgesetzt und ihre Finanzierung gesichert wird.

Zur Bekämpfung der Armutsgefährdung von Senioren soll dafür gesorgt werden, dass leistungsberechtigte, ältere Menschen nicht aus Scham oder Angst vor Formalitäten auf ihre Ansprüche verzichten. Daher sind Unterstützungen leicht zugänglich auszugestalten und seniorengerecht zur Verfügung zu stellen.

Gemeinsam mit der Landesregierung setzen wir uns für eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie für eine ausreichende Verfügbarkeit von Medikamenten ein. Dabei sollen, wo immer möglich, die Angebote des täglichen Lebens nicht nur digital, sondern auch in Form von Präsenzangeboten vor Ort aufrechterhalten werden.

„Bei der Umsetzung und Realisierung der seniorenpolitischen Ziele der Landesregierung kommt es nun ganz besonders darauf an, dass die kommunalen Beteiligungsrechte von Seniorinnen und Senioren gestärkt, mehr Gelegenheiten zur Beteiligung geschaffen und eine gute Kommunikationskultur gefördert werden. Dazu gehört auch eine schnellstmögliche Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO).

Die bisherige in einigen Teilen Hessens wertvolle Arbeit von Seniorenbeiräten und Seniorenorganisationen gilt es weiter zu unterstützen. Zusätzlich müssen verstärkt Aktivitäten zur Schaffung von weiteren Seniorenbeiräten auf kommunaler Ebene gestartet werden,“ so der Landesvorsitzende Klaus Reifert abschließend.

Wiesbaden, den 14. Februar 2024

Ansprechpartner: Klaus Reifert, Vorsitzender, Tel. +49 1711481949, E-Mail: [lsvh.reifert@t-online.de](mailto:lsvh.reifert@t-online.de)

### **Hintergrundinformation:**

Die Landesseniorenvertretung Hessen e.V. (LSVH) ist die Vertretung der kommunalen Seniorenvertretungen in Hessen. Der LSVH unterstützt und vertritt die Arbeit von ca. 150 Seniorenvertretungen, Seniorenräte und Seniorenbeauftragte auf Landesebene. Hierdurch wird gewährleistet, dass die Interessen und Wünsche der über 60-jährigen gehört werden. Es werden ca. 1,8 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger über 60 Jahre in Hessen durch den LSVH vertreten.